

Diesel-Kompromiss: Da lacht die Autoindustrie

Fahrer von alten Dieselaautos sollen eine Prämie zum Kauf eines neuen Wagens erhalten. In 14 besonders betroffenen Städten sollen die PKW alternativ mit Hardware nachgerüstet werden. Mit diesem Kompromiss macht sich die Bundesregierung einmal mehr zum Helfen der Autoindustrie. Auf einen Teil der Kosten werden die Besitzer der Autos auf jeden Fall sitzen bleiben. Und die Kosten, die bei den Herstellern anfallen, können diese auch noch von der Steuer absetzen. Das heißt: wir alle bezahlen für den Betrug! Richtig wäre: Die Industrie trägt alle Kosten allein und diese dürfen nicht gewinnmindernd von der Steuerlast abgesetzt werden. Kleine Wette: Wenn Herr Scheuer nicht mehr Verkehrsminister ist, kriegt er einen Posten bei der Autoindustrie – wie mehrere „christliche“ Politiker vor ihm auch?

Abzweigung von Landes- mitteln verhindert

Die Stadt Barmstedt hatte vom Land aus einem Fonds zur Förderung des Sportstättenbaus 250.000,- Euro zweckgebunden für den Bau des Kunstrasenplatzes an der Düsterlohe erhalten. Ursprünglich bestand bei der Stadt die Absicht nur 141.900,- Euro dieser Gelder an den SSV Rantzaus als Erbauer der Anlage weiter zu leiten. 108.100,- Euro sollten in die Stadtkasse abgezweigt werden, um damit den vor langem bereits gezahlten Pflichtanteil der Stadt (108.100,- Euro bzw. 20 % der Baukosten) sich vom Land rückerstaten zu lassen. Dagegen hatte rechtzeitig der SSV Rantzaus in einer Stellungnahme protestiert. Der Verein wies darauf hin, dass die Landesmittel dazu dienen den Sportplatzbau zu unterstützen. Sie sind nicht dafür gedacht, dass die Stadt sich faktisch aus ihrem Pflichtanteil von 20 Prozent der Baukosten zurückzieht. Diese Auffassung wurde auch von BALL, SPD, FWB und CDU vertreten, und so beschlossen sie auf der Stadtvertreterversammlung am 25.9.2018 insgesamt 216.900,- Euro der Landesmittel direkt an den SSV Rantzaus für den Bau des Kunstrasens weiter zu leiten. Die restlichen 33.100,- Euro der Landesmittel bleiben bei der Stadt, um ggf. eine marode Entwässerungsleitung bei den Sportplätzen zu sanieren. Inzwischen ist die neue Anlage fertig gestellt und erfährt viel Bewunderung und Anerkennung.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Stadtvertretung fast Grundsatzbeschluss

Neue Räumlichkeiten für die Stadtbücherei

Mit dem in am 25.9.2018 gefassten Beschluss der Stadtvertretung, neue Räumlichkeiten für die Stadtbücherei vorzusehen, kommt langsam Bewegung in eine geradezu unendliche Geschichte. Die Situation der Bücherei ist dabei seit langem bekannt, u. a. haben wir auch in der BALL-Zeitung vom März 2017 über ein im November 2016 durchgeführtes sicherheitstechnische Begehung der Bücherei berichtet, die mit dem Fazit endet: „In jedem Fall besteht dringender Handlungsbedarf, um gesundheitliche Beeinträchtigungen und Gefährdungen zu reduzieren.“

Die grundsätzlichen Probleme bestehen dabei schon viel länger, die Vorgängerin der Büchereileiterin Frau Jülich, Frau Keller stellte u. a. bereits im Jahresbericht 2004 fest: „Die auch in den Vorjahren beklagte Raum-, EDV- und Personalbelastungssituation besteht weiter [...]“. Die Empfehlungen des Büchereivereins Schleswig-Holstein sehen für eine Einwohnerzahl

Henrik Pünner
Hauptausschuss



von 10.000 und der vorhandenen Anzahl von ca. 22.500 Medien eine Gesamtfläche von



678 m² vor. Die Räumlichkeiten der Barmstedter Stadtbücherei belaufen sich auf gerade mal 257 m².

Noch im letzten Jahr klangen die Einlassung einer anderen Rathaus-Fraktion, man habe doch in den letzten Jahren investiert und das müsse doch auch erstmal reichen, fast höhnisch, denn eine Klimaanlage, ein neuer Fußboden und neue Regale tragen kaum zu einer Vergrößerung der Räume bei, zumal es seit letztem Jahr schon wieder Schwierigkeiten mit der Akustikdecke und dem Flachdach gab.

Unter vorgehaltener Hand mag sich der ein oder andere Fachbereichsmitarbeiter sicher schon mal gefragt haben, warum in das auf dem Heizungskeller für die „Holstenring-Hochhäuser“ errichtete und am 1.10.1969 eingeweihte Gebäude überhaupt noch investiert wurde. Ist doch seit mindestens 15 Jahren (s. o.) klar, dass es für eine zeitgemäße Stadtbücherei zu klein ist.

Die nun erzielte Einigung in der Stadtvertretung ist daher ein gutes Signal, auch wenn sich Frau Jülich im Interview mit der

„Barmstedter Zeitung“ „etwas Konkreteres“ gewünscht hätte. Dieser Wunsch ist nachvollziehbar, denn auch die BALL sieht die Bücherei als Bestandteil der Stadtentwicklung und eine vernünftige Finanzierung und Ausstattung im Bildungs- und Sozialwesen als Voraussetzung für ein lebendiges, kulturelles, demokratisches und soziales Miteinander und damit letztlich auch Bedingung für wirtschaftliche Entwicklung.

Für die Konkretisierung der Pläne für eine neue Bücherei werden auch die Planungen für

das ehemalige REWE-Gelände am Küsterkamp eine Rolle spielen können, denn eine Ansiedlung der Bücherei in der Innenstadt ist eine denkbare und aus unserer Sicht auch wünschenswerte Möglichkeit.

Sie wollen die Stadtbücherei unterstützen? Seit kurzem gibt es einen Förderverein! Informationen dazu erhalten Sie direkt in der Stadtbücherei.

Zukunft der Mensa an der GSS ungewiss

Nachdem der Schulverein der Gottfried-Semper-Schule in der ersten Sommerferienwoche dieses Jahres die Trägerschaft für die Schulmensa and der Gemeinschafts-Schule gekündigt hat, ist die Stadt auf der Suche nach einer geeigneten Lösung für das laufende Schuljahr und die Zukunft. Zwar konnte durch das schnelle Handeln der Verwaltung kurzfristig der Verein IN VIA e.V. aus Hamburg einspringen und die Schüler weiterhin mit Mittagessen versorgen; aber leider gibt es in der Mensa bis auf weiteres kein Frühstück zu erwerben. Des Weiteren hat IN VIA bereits angekündigt,



dass Engagement in Barmstedt nicht über die Weihnachtsferien hinaus zu verlängern, wenn bis

dahin nicht mindestens 100 Essen pro Tag verkauft werden. Von dieser Zahl sind sie mit derzeit täglich 50 Essen noch weit entfernt.

Die BALL wird sich dafür einsetzen, dass es auch zukünftig ein gesundes und bezahlbares Frühstücks- und Mittagsangebot an der GSS für Schüler und Lehrer gibt. Hierfür müssen Gespräche mit dem Schulverein, IN VIA und weiteren potentiellen Trägern geführt werden.

Auch am Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasium gab es Probleme. Nachdem dort im letzten Schuljahr die Anzahl der freiwilligen Helfer aufgrund des zeitgleichen Abgangs von

2 Schuljahrgängen stark zurückging, musste eine weitere Arbeitskraft auf 450,- Euro Basis eingestellt werden. Dies führte zu einem Defizit im letzten Schuljahr, welches größtenteils durch Spenden und aus eigenen finanziellen Mitteln ausgeglichen werden konnte. Übrig blieb am Ende ein Defizit von 2000,- Euro, das nach einstimmigem Beschluss des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 10.09.2018 von der Stadt ausgeglichen wird. Der Verein Pausentreff schaut trotz der Schwierigkeiten im vergangenen Schuljahr optimistisch in die Zukunft: Es engagieren sich wieder mehr ehrenamtlichen Helfer und durch

leichte Preiserhöhungen sind die Prognosen durchweg positiv. Die BALL wird auch zukünftig das Engagement des Vereins Pausentreff unterstützen. Er leistet seit vielen Jahren hervorragende Arbeit und versorgt die Schüler und Lehrer des



Britt Schölermann
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport

Gymnasiums und der James-Krüss-Schule mit leckerem und frisch zubereitetem Frühstück und Mittagessen.

Stadtvertretung beschließt einen neuen Standort

Kommt nun endlich die neue Kita?

Es klingt wie eine nie endende Geschichte – aber nun scheint die Entscheidung für die neue Kindertagesstätte endgültig gefallen zu sein. Nach mehr als einem Jahr Diskussion und immer wieder neuen Standortvorschlägen hatte die BALL im Sozialausschuss vorgeschlagen, die neue Kita im zukünftigen Baugebiet „B 72 a“ (nördlich des SSV Sportplatzes und östlich des Bornkamps) zu bauen. Nachdem auch der Bauausschuss dem zugestimmt hatte, hat nun auch die Stadtvertretung in ihrer Sitzung am 25. September diesen Standort – gegen die Stimmen der CDU-Vertreter beschlossen.

Geplant sind an diesem Standort 3 Krippen- und 2 Elementargruppen für insgesamt 70 Kinder.

Klaus Kuberzig
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



Eine spätere Vergrößerung der Kita durch einen Anbau soll ermöglicht werden.

Bis die ersten Kinder dort einziehen können, wird aber noch eine ganze Zeit ins Land gehen. Bevor der eigentliche Bau beginnt, müssen die vielfältigen



rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören Bauvorschriften, Fragen der Entwässerung des Grundstücks, Umweltauflagen und vieles mehr. Letztlich muss natürlich auch die Finanzierung z. B. durch Fördergelder auf den Weg gebracht werden. Bis zur Eröffnung der Kita wird es also wohl 1,5 bis 2 Jahre dauern.

Container als Übergangslösung

Um diese lange Zeit zu überbrücken sollen Krippenplätze vorübergehend in Containern geschaffen werden. Diese Variante fand in der Stadtvertretung die

Zustimmung aller Fraktionen. Ein möglicher Standort könnte dafür der ursprünglich für die Kita vorgesehene Platz im Baugebiet „B 72 b“ an der Dusterlohe sein. Wegen des dort zu erwartenden „Bauverkehrs“ für die geplanten Wohnhäuser wäre aber auch ein anderer Standort denkbar.

Interessenbekundungsverfahren läuft

Mehrere Träger haben nach der erfolgten Ausschreibung ihr Inte-

resse bekundet die neue Kita zu betreiben. Eine Arbeitsgruppe des Sozialausschusses wird in den kommenden Wochen die Vorschläge prüfen und dann der Stadtvertretung einen Vorschlag unterbreiten.

Fazit

Seit 2014 wurde in den verschiedenen Gremien immer wieder über die Notwendigkeit einer zusätzlichen Kita diskutiert – ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Dabei stiegen die Zahlen auf den Wartelisten ständig, obwohl es ein gesetzliches Recht auf einen Kindergartenplatz gibt (bundesweit fehlen immer noch 350.000 Plätze). Wenn also auch in Barmstedt von einer „wachsenden Stadt“ gesprochen wird, so sind die politischen Verantwortlichen aufgefordert, in ihren Planungen von Beginn an die Frage der Unterbringung der Kinder zu berücksichtigen und auch in die Tat umzusetzen. Die BALL-Vertreter werden hierzu – wie auch in der Vergangenheit – Vorschläge unterbreiten.

VOLKSINITIATIVE für bezahlbaren Wohnraum



Aufnahme des Rechts auf angemessenen Wohnraum in die Landesverfassung

Seit dem 16.02.2018 sammeln Mieterbund und Sozialverband Schleswig-Holstein Unterschriften für mehr bezahlbaren Wohnraum. Wenn es gelingt, innerhalb eines Jahres 20.000 gültige Unterschriften zusammen zu bekommen, muss sich der Landtag in Kiel mit dem Anliegen beschäftigen. Ziel ist das Recht auf angemessenen Wohnraum in der Landesverfassung zu verankern.

Angemessener Wohnraum ist für jeden Menschen unverzichtbar. Die Wohnung ist für den Menschen Lebensmittelpunkt, Rückzugsbereich und Ruhepol zugleich.

In Schleswig-Holstein stehen viele Menschen vor großen Problemen, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Insbesondere in den Großstädten sowie im Hamburger Umland konkurrieren Studenten, Alleinerziehende, Menschen mit schlecht bezahlten Jobs sowie Arbeitssuchende und Rentner um das knapper werdende Angebot auf dem „Wohnungsmarkt“.

„Die Aufgabe, für angemessenen Wohnraum zu sorgen, ist von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung und damit als gemeinschaftliche Aufgabe zu verstehen, die in der Landesverfassung verankert werden muss“, so die Initiatoren der Volksinitiative.

In der Vergangenheit haben diverse Landesregierungen sowie Städte und Gemeinden aller Größen Entscheidungen getroffen, die bezahlbaren und angemessenen Wohnraum vernichtet haben. Von ehemals etwa 220.000 öffentlich geförderten Wohnungen in Schleswig-Holstein sind zu Beginn des Jahres 2017 nur noch ca. 47.000 übrig. Somit ist der Bestand auf rund ein Fünftel zusammengeschmolzen. Dieses Angebot ist vollkommen unzureichend und daher dringend und schnellstmöglich erheblich zu erweitern.

Mieterbund und Sozialverband in Schleswig-Holstein gehen davon aus, dass jährlich

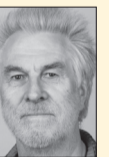
etwa 8.000 preisgünstige, geförderte Sozialwohnungen zusätzlich im nördlichsten Bundesland gebaut werden müssen, um dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum mittel- und langfristig gerecht zu werden. Außerdem muss es mehr barrierefreie Wohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderungen geben!

Die „Mietpreisbremse“ wirkt nicht – hier muss dringend nachgebessert werden!

Die Neugründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sind mit Landesmitteln zu fördern!

Alle Bürgerinnen und Bürger mit dem Wohnsitz in Schleswig-Holstein, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, können mit Ihrer Unterschrift die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum unterstützen. Über 17.000 Unterschriften sind bereits nach knapp sechs Monaten gesammelt worden.

Helmut Welk
Bau- und Umwelt-
ausschuss



Leider ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, sich online an der Volksinitiative zu beteiligen. Gültig sind lediglich Eintragungen in Papierform.

Unterschriftenlisten kann man beim Sozialverband in Barmstedt oder von der Internetseite www.sovd-sh.de heruntergeladen.

Die Barmstedter Linke Liste unterstützt die Volksinitiative. Sammelstellen können auch hier unter der Telefonnummer 04123-6172 angefordert werden.

Die unterzeichneten Listen müssen bis Anfang Februar in der Geschäftsstelle des Sozialverbands Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Muhlusstraße 87, 24103 Kiel abgegeben werden. Telefon (0431) 98 388 0 Mail: info@www.sovd-sh.de

Nein zur Grundsteuererhöhung!

Mit zusätzlich rund 126.000,- Euro sollten Eigenheimbesitzer und Mieter im nächsten Jahr durch die Erhöhung der Grundsteuer B belastet werden. Gegen den erheblichen Widerstand von BALL und SPD beschlossen CDU, Grüne und FWB dies mit knapper Mehrheit auf der Hauptausschusssitzung am 12.9.2018. Zudem wollten sie von den Gewerbesteuerzahlern rd. 49.000,- Euro mehr einnehmen.

Hintergrund: Die CDU/FDP/GRÜNEN-Landesregierung hatte den Kommunen die Absicht mitgeteilt finanzschwache Kommunen wie Barmstedt zur deutlichen Erhöhung der Grundsteuer B von 390 auf 425 Punkte und

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



der Gewerbesteuer von 370 auf 380 Punkte zu zwingen, sofern sie vom Land „Fehlbetragszuweisungen“ erhalten wollen. Fehlbetragszuweisungen erhalten Kommunen mit Defiziten im Verwaltungshaushalt. In Barmstedt wird das Defizit Ende 2018 voraussichtlich bei rd. 4,5 Mio. Euro liegen. Die Höhe der in Aussicht gestellten Fehlbetragszuweisung kennt keiner, aber sie wird nur einen kleinen Bruchteil des Haushaltsdefizits ausmachen.

Die von CDU, Grünen und FWB im Hauptausschuss vorbereiteten Steuererhöhungen



sollten nun im Eilverfahren auf der Stadtvertretersitzung am 25.9.2018 abgesegnet werden. Dazu kam es nicht. Alle stimmten dem SPD-Antrag zu zunächst den endgültigen Erlass der Landesregierung abzuwarten. Damit ist die Entscheidung über die von CDU, Grünen und FWB geplanten Steuererhöhungen vorerst verschoben. Dazu hat ganz offensichtlich auch der Widerstand in der Bevölkerung gegen eine weitere Erhöhung der Grundsteuer beigetragen. Für die Barmstedter/innen besteht somit die Chance stärker zum Ausdruck zu bringen, was sie von einer weiteren Belastung von Mietern und Eigenheimbesitzern halten.

Im Hauptausschuss und in ihrer Presseerklärung hat die BALL-Fraktion u. a. erklärt: „Die BALL lehnt die Steuererhöhungen aus zwei Gründen ganz klar ab: **Erstens:** Die CDU/

FDP/GRÜNEN-Landesregierung schreibt den gewählten Gemeindevvertretern in den finanzschwachen Kommunen vor, dass sie die Bürger stärker abkassieren müssen, wenn sie etwas mehr an Landesmitteln erhalten wollen. Das ist Erpressung und hat nichts mit kommunaler Demokratie und dem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Selbstverwaltung zu tun. Die Alternative: Es ist notwendig, dass die Kommunen deutlich höhere Steueranteile vom Land und Bund erhalten, um ihre Aufgaben ohne Verschuldung erfüllen zu können, und über die Verwendung dieser Mittel haben die gewählten Stadtvertretungen ohne verpflichtende Vorgaben der Landesregierung frei zu entscheiden.

Besonders finanzarme Kommunen benötigen einen Schuldenchnitt, wie er in Milliardenhöhe den Großbanken gewährt

wurde und angesichts des derzeit hohen Steueraufkommens auch möglich ist.

Zweitens: Die Erhöhung der Grundsteuer ist zutiefst unsozial: Barmstedt ist deshalb finanzschwach, weil das Steueraufkommen der hier lebenden Menschen und Kleinbetriebe geringer ist, aber die Stadt viele Aufgaben bewältigen muss, für die sie zu wenig Steueranteile vom Land und Bund erhält. Und jetzt verlangt die Landesregierung, dass ausgerechnet die Menschen mit geringeren Einkommen mit noch höheren Steuersätzen belastet werden, obwohl sie schon seit Jahren die landesweit höchsten Grundsteuern zahlen.

Da die Grundsteuer B auf die Mieter umgelegt wird, werden die Mieten noch weiter in die Höhe gehen.“